Paris, 15. Febr. Boulevard. 3% Rente 78,05. Anleihe 105,82. Italiener 91,87. Türken 8,67. Tarifenlose —. Spanier 56⅝. Egypter 337,00. Ottomanen 645,00. Ruhig.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen
Nr. 11 (Altst.) u. 532 (Neust.)

Inserate werden Vormittag 10 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pf. Eine Garantie für das rechtzeitige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Inseraten-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Erste und grosste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Oscar Baumann
10 Frauenstrasse 10
Grösstes Lager feiner
Parfumerien, Toiletten-Seifen,
Echt Köln. Wasser.
Schwamm-, Bürsten- u. Kamm-Lager.

Julius Teuchert,
Fabrik von Regen- u. Sonnenschirmen
(gegründet 1830)
Altstadt, Schloßstraße, Ecke der Rosmaringasse. Neustadt, Hauptstraße, Ecke der Ritterstrasse.

Neuheiten
erscheinen unausgesetzt.
Alle Stickerei-Materialien in grösster Auswahl.

Tapisserie-Manufactur
Altmarkt C. HESSE Altmarkt
Königl. Hoflieferant.

Vorjährige Muster
weit unter Kostenpreisen.
Beste Erledigung jeder Extrabestellung.

Nr. 47. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 16. Februar: Frischer Ostwind, ziemlich heiter, keine oder geringe Niederschläge, Temperatur kälter. | Dresden, 1884. **Sonnabend, 16. Febr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ein wunderliches Stück Gesetzgebungsweisheit hat die zweite bayerische Kammer geliefert. Mit 82 gegen 64 Stimmen nahm sie einen aus ihrer Mitte hervorgegangenen Antrag an, der das Verehelichungsrecht dem Gutdünken engherziger Bauerngemeinden überliefert. Die Gesetzgebung über die Eheschließung gehört nämlich zu den Reservatrechten Bayerns. Gleichwohl ist, seitdem die Gesetzgebung des ehemaligen Norddeutschen Bundes die Befugniß der Gemeinden zum Einspruch gegen Verehelichungen aufgehoben hatte, Bayern 1869 diesem Vorgange freiwillig gefolgt und hat es nicht zu bereuen gehabt. Seitdem stieg in Bayern die Zahl der Ehen und minderte sich die der außerehelichen Geburten. Letztere sank von 23 auf 13 Procent. Gewiß ein vom Standpunkt der Sittlichkeit äußerst günstiges Ergebniß! Es wird nun zwar Niemand behaupten wollen, daß nicht einzelne dieser Ehen leichtsinnig eingegangen und besser unterblieben wären, sowie daß nicht mitunter einer Gemeinde aus dergleichen Ehen vermehrte Armenlast in der Versorgung verlassener Kinder erwachsen wäre. Aber künstlich die Ausübung eines Naturrechtes erschweren, oder es doch von der Willkür eines Gemeindevorstandes abhängig machen, verräth einen unglaublichen Grad von Borniertheit. Nicht eine Verminderung, sondern eine Erhöhung der Armenlast wird die Folge sein, da, wenn der Antrag Gesetz werden sollte, sehr bald die Zahl der unehelichen Geburten wieder steigen wird. Der Antrag hat eine ganz gehässige Spitze gegen die Besitzlosen und muß die sozialen Gegensätze schärfen und verbittern. Denn in der Praxis läuft der Antrag darauf hinaus, daß die Gemeinde jedem Brautpaar, das sich nicht im Besitze eines nach ihrer Ansicht genügenden Vermögens befindet, die Erlaubniß zum Heirathen versagt. In nicht weniger als 9 Fällen soll die Gemeinde zu einem solchen Ehe-Einspruch befugt sein. Einigermaßen mag es noch angehen, daß die Gemeinde Einspruch soll erheben dürfen, „wenn und so lange gegen den Mann oder die Braut wegen Verbrechens oder Vergehens öffentliche Klage erhoben ist" oder sie sich wegen Verbüßung einer derartigen Strafe nicht auszuweisen vermögen. Weit schlimmer schon ist der Einspruch in dem Falle, wenn nicht drei Jahre nach Verbüßung einer Strafe vergangen sind, die wegen eines Vergehens gegen die Sittlichkeit, Landstreicherei, Bettelns u. s. w. verhängt wurde. Will man für ein durch die Presse oder im Buchhandel begangenes Vergehen gegen die Sittlichkeit auch dreijährige Ehelosigkeit festsetzen und ein armer Teufel, der einmal gebettelt hat, inzwischen aber in bessere Verhältnisse gekommen ist, soll 3 Jahre lang nicht heirathen dürfen? Die ungeheuerlichsten Bestimmungen aber enthalten die Ziffern 8 und 9, wonach auch körperliche und geistige Gebrechen, ja, der bei einem Theile des Brautpaares vermuthete Mangel an Nüchternheit, Arbeitsamkeit oder Sparsamkeit ein Ehehinderniß abgeben soll. Die weisen Gesetzgeber an der Isar wissen also nicht, wie oft Liederjans und Bummler erst durch eine brave Frau, die ihnen resolut den Kopf zurechtsetzt, zu brauchbaren Menschen gemacht werden. Selbstverständlich erhob die bayerische Regierung energischen Widerspruch gegen diese unsinnige Gesetzmacherei; sie wird einen derartig monströsen Antrag niemals ausführen. Das hinderte aber die ultramontane Mehrheit der bayerischen Kammer nicht, einem Antrag zuzustimmen, der den engherzigsten Vorurtheilen etlicher Landgemeinden schmeichelt, obwohl seine traurigen moralischen und wirthschaftlichen Folgen mit Händen zu greifen sind.

In Frankreich denkt man an eine Neubesetzung des Postens eines Finanzministers. Die letzte Anleihe, zu welcher die Republik schreiten mußte, um nur für die dringendsten Staatsbedürfnisse einige Millionen in die Kassen zu bekommen, schloß mit einem kläglichen Mißerfolge. Zwar ist die Anleihe 3¼ Mal überzeichnet worden, aber an sich will das gar nichts sagen; frühere Anleihen wurden spielend 15—20fach überzeichnet. Sodann aber ist jene winzige Ueberzeichnung auch nur Humbug. Als der Regierung Schwanzfedern wuchsen, daß das Publikum, kopfscheu und mißtrauisch, die Anleihe nicht voll zeichnen würde, bewog sie die großen Bankhäuser, namentlich Rothschild, große Posten zu zeichnen. Diese Geldmächte halten auch nur so lala; statt baar Geld einzuzahlen, hinterlegten sie Staatspapiere von früheren Anleihen, bezahlten also die Regierung mit ihren eigenen Mitteln, so daß der Zweck, baar Geld den Staatskassen zuzuführen, nur theilweise erreicht wurde. Die Anleihe sollte 350 Millionen Francs baar Geld liefern, sie brachte nur 180. Und die Bedingungen waren doch sehr verlockend. Die 81er Anleihe (1 Milliarde) wurde zu einem Course von 83¼ untergebracht, die jetzige von 350 Millionen war nicht einmal zum Course von 76½ zu begeben. In diesen Ziffern spiegelt sich erkenntlich das Mißtrauen der Franzosen gegen ihre Finanzverwaltung wieder. Das furchtbare Wort „Staatsbankerott" schwebt schon hie und da auf einzelnen Lippen. Frankreich hat seine Finanzen zu schwer belastet. Einmal wirthschafteten die Republikaner in unglaublicher Verschwendung und Liederlichkeit mit den Staatsgeldern; sodann verwickelten sie das Land in kostspielige und unabsehbare kriegerische Abenteuer in Afrika und Asien; den Hauptgrund aber für die Finanzmisère bildet das unsinnig hohe Armeebudget. Als ein Revanchekrieg gegen Deutschland in naher Aussicht zu stehen schien, hatte Frankreich für seine übertriebenen Kriegsrüstungen immer noch einen plausiblen Grund; später hofften die Franzosen, ihr reicheres Land würde das ärmere Deutschland ruiniren, da dieses durch sie gezwungen würde, im Wetteifer der militärischen Rüstungen sich finanziell und wirthschaftlich zu erschöpfen. Deutschland trägt zwar schwer unter der ihm aufgezwungenen Rüstung, aber es ist doch nicht unter ihr zusammengebrochen. Wohl aber scheint dieses Schicksal Frankreich bevorzustehen. So lange trotz aller Finanznoth und des wirthschaftlichen Druckes in Frankreich sich nicht eine Stimme in der Regierung und Kammer erhebt, die unerschrocken es ausspricht, daß Frankreich schließlich unter der Last eines Kriegsbudgets von jährlich 1 Milliarde erliegen muß, so lange giebt es kein Haltens auf der schiefen Ebene, die zum Staatsbankerott führen muß. Ein Wechsel in der Person des Finanzministers kann da nichts ändern. Vielleicht hat Herr Tirard bei der neuesten Anleihe nicht viel Geschick bewiesen; aber wenn Leon Say, der Agent Rothschild's, oder der jetzige Bautenminister Raynal, der Stammesgenosse dieses Börsenfürsten, das Portefeuille übernähme, wäre da eine wirkliche Besserung zu erwarten? Das Gegentheil ist wahrscheinlicher. Bezeichnend ist es, daß die Regierung, welche an Ersparnisse zu denken beginnt, den Anfang beim Unterrichtswesen macht. Statt das Militärbudget kürzt man, aber den Volksschullehrern versagt man die ihnen zugesicherte Gehaltsaufbesserung.

Während das Gladstone'sche Kabinet sich wegen der egyptischen Frage den Kopf zerbricht und aus Indien Truppen heranzieht, um die Küstenplätze am Rothen Meere zu sichern, haben die Russen in Mittelasien in aller Stille einen großen Erfolg davongetragen. Man erinnert sich, welche Opfer und Anstrengungen Rußland in den letzten Jahren machte, um seine Herrschaft im Turkmenenlande auszudehnen. Nachdem Khiwa und Bokhara zum großen Schreck der Engländer in die Hände Rußlands gefallen war, versuchten russische Expeditionen wiederholt sich des Gebietes der Tekke-Turkmenen zu bemächtigen. Man weiß, welche Erregung in England es hervorief, als im Laufe des letzten russisch-türkischen Krieges plötzlich russische Aufwiegler in Afghanistan erschienen, welche die dortigen stets raubbegierigen Stämme gegen das benachbarte Britisch-Indien aufstachelten. Die Folge davon war der afghanische Feldzug des Lord Beaconsfield, welcher dieses Thor Indiens in britischem Besitz wissen wollte. Nachdem Beaconsfield gefallen und der russenfreundliche Gladstone ans Ruder kam, setzte Rußland wieder offener seine Eroberungszüge in Mittelasien fort. General Skobeleff machte den berühmten Zug ins Tekke-Gebiet und eroberte Geok-Tepe, die Hauptfeste des streitbaren Stammes. Als in England darob große Aufmerksamkeit und Beunruhigung entstand, weil sich Rußland zu sehr der wichtigen Grenzstadt Merw näherte, wurde wieder Alles ruhig und still in den russischen Operationen. Jetzt nun, wo die Engländer bis über beide Ohren in den egyptischen Angelegenheiten festsitzen, haben sich sämmtliche bisher freie Turkmenenstämme dem weißen Zaren unterworfen: Rußland steht dicht vor dem Eingangsthor zu Britisch-Indien und England, das bisher erklärte, es werde nimmermehr diese Unterwerfung der Merw'schen Turkmenen dulden, duckt sich und schweigt still. Der britische Löwe wagt nicht einmal mehr vor Zorn zu brüllen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 15. Febr.

Berlin. Ein hochofficiöser Artikel der „Norddeutschen", welcher sich gegen die „Post" kehrt und die neuesten Ereignisse in Egypten der schlauen und harten Krämerpolitik Englands zugeschrieben hatte, schließt: Es erscheint uns ungerecht gegen die englische Regierung den Vorwurf zu erheben, sie habe die egyptischen Dinge kommen sehen und benutze dieselben, um sich die kriegerische Unterwerfung der fraglichen Landschaften im Interesse der allgemeinen Civilisation aufdringen zu lassen. Richtig dürfte vielmehr sein, daß sich die englische Regierung den egyptischen Schwierigkeiten gegenüber in wohlbegreiflicher Verlegenheit befinde, und daß es ihr sehr lieb sein würde, der kriegerischen Aktion überhoben zu sein. Dasselbe Blatt, das Auftreten Eugen Richters gegen die versöhnliche Haltung der sächsischen fortschrittlichen Abgeordneten besprechend, sagt: Die Erklärung der sächsischen Fortschrittspartei, daß sie auf Seiten der Regierung gegenüber den Umsturzbestrebungen stehen wolle, ist freilich eine solche Auflehnung gegen den Berliner Parteiterrorismus, daß wohl noch weitere Reisevorträge des ergrimmten Herrn Eugen Richter noch zu erwarten stehen.

Berlin. Die Reichstagsberufung wird officiös für die erste oder zweite Märzwoche in Aussicht gestellt, die Bestimmung sei noch nicht getroffen. Andererseits heißt es, das Einberufungsdekret für den 4. März sei bereits vom Kaiser unterzeichnet.

Berlin. Die Steuerkommission trat in die Berathung des Kapitalrentensteuergesetzes ein. Die Liberalen erklärten sich dagegen, waren aber theilweise für höhere Besteuerung des Renteneinkommens im Rahmen der Einkommensteuer. Die Jagdordnungskommission beschloß, daß Schwarz-, Roth- und Rehwild einzugattern sei. Damit fällt das Gesetz.

Posen. In der neuesten Nummer des „Oeffentlichen Anzeigers" erneuert die Bromberger Regierung den Steckbrief hinter Kardinal Ledochowsky vom Jahre 1879.

Wien. Das Abgeordnetenhaus nahm auch die zeitweilige Suspendirung der Geschworenengerichte an, nachdem der Minister Prazak die Nothwendigkeit dieser Regierungsverfügung nachgewiesen.

Paris. Im Kammer-Budgetausschuß erklärte Tirard, die Einnahmen im Januar seien um 8 Millionen gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Der Handelsausweis für Januar ergiebt gegen 1883 eine Verminderung der Fabrikaten-Ausfuhr von 88 auf 77 Millionen, der gesammten Handelsbewegung von 566 auf 431 Millionen. Der Kammerausschuß sprach sich gegen das Projekt der Errichtung von Differentialzöllen in den französischen Kolonien aus, nahm dasselbe jedoch für Algerien an. Die spanischen Republikaner richten ein von der spanischen Regierung unterdrücktes Danktelegramm an Clemenceau und Rochefort für ihre Unterstützung der republikanischen Sache in Spanien.

Paris. Bezüglich der seit einigen Tagen cirkulirenden Nachrichten, wonach eine Auflegung von Steuer auf französische Rente beabsichtigt sei, ist die „Agence Havas" in der Lage, bestimmt zu versichern, die Regierung werde alle Vorschläge dieser Art entschieden bekämpfen.

Petersburg. Das „Journal de St. Pétersbourg" bemerkt über die Unterwerfung der Turkmenen: Rußland habe durch die Okkupation die Verpflichtung übernommen, das Räuberunwesen auszurotten und der Civilisation sowie dem Handel Wege zu bahnen. Rußlands Beziehungen zu England beruhten auf der gerechten Würdigung der gegenseitigen Interessen. Diese Interessen seien vollkommen vereinbar, und der beiderseitige Vortheil erheische eine Verständigung behufs Durchführung der civilisatorischen Mission. (?)

Kairo. Die englische Regierung hat den ablehnenden Antrag des General Wood, die egyptische Armee mit bei der Expedition zum Entsetzen Tokars operiren zu lassen, damit motivirt, die egyptische Armee sei lediglich für die Vertheidigung des eigentlichen Egyptens, Sudan nicht mit inbegriffen, angeworben. General Graham wird mit dem letzten für Suakim bestimmten Truppentransport am Montag früh von Suez abgehen. Aus Suakim wird heute gemeldet, daß die hervorragendsten Anführer der neutralen Stämme in dem 3 Stunden von Suakim entfernten Handok eine Versammlung abhielten und dabei beschlossen, Osman Digma aufzufordern, ihr Gebiet zu respektiren, anderenfalls würden sie gegen ihn kämpfen. Kassala ist von Insurgenten besetzt.

Frankfurt a. M., 15. Februar. Credit 265, Staatsbahn 273⅛, Lombarden 116⅞, Nordwest —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 217¼, Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente 75⅞, 77er Russen —, 60er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe — —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierrente —, Diskonto —, Egypter 67⅞, Gotthardbahn 98⅛, Mainzer 60⅞. Fest.

Wien, 15. Februar. Credit 300,60, Staatsb. 311,50, Lombarden 142,50, Nordwestb. 183,00, Marknoten 59,30, Ung. Goldr. 306,00. Fest.

Paris, 15. Februar. (Schluß.) Rente 78,10, Anleihe 105,82, Italiener 91,85, Staatsbahn 648,75, Lombarden 311,25, do. Prioritäten 293, Egypter 337, Oesterr. Goldrente 80⅛. Schwach.

London, 15. Februar. Getreide ruhig, unverändert, Weizen träge, angekommene Angebote übersteigen Bedarf.

Lokales und Sächsisches.

— Der Legationssekretär bei der K. deutschen Gesandtschaft zu Athen, Graf von Wallwitz, erhielt die Insignien eines Ehrenritters des Balley Brandenburg des Johanniter-Ordens, ferner von dem Präsidenten der Republik Frankreich das Ritterkreuz des Ordens der Ehrenlegion und das Comthurkreuz des portugiesischen Christusordens. — Geh. Regierungsrath Paul von Seydewitz in Dresden empfing das Fürstl. Reußische Ehrenkreuz 1. Kl.

— Ohne Debatte genehmigte gestern die zweite Kammer den Rechenschaftsbericht auf die Jahre 1880—81, über welchen die Abgg. Dr. Heine und Günther referirten. Im Anschluß an denselben stellt die Rechenschaftsdeputation den Antrag, der Regierung den Wunsch zu unterbreiten, sobald thunlichst der Ständeversammlung eine Vorlage über die gesetzliche Feststellung der Wirksamkeit der Oberrechnungskammer zugehen zu lassen. Abg. Strahl hatte Anfangs in der Deputation einen weitergehenden Antrag gestellt, dahin lautend, die Regierung zu ersuchen, den künftigen Rechenschaftsberichten über den Staatshaushalt einen von der Oberrechnungskammer unter vollständiger, unbedingter Verantwortlichkeit aufzustellenden Bericht beizufügen, während Abg. Günther die Kompetenz der Rechenschaftsdeputation zu einem derartigen Antrag überhaupt bezweifelte. Schließlich hatte man sich zu obigem Compromißantrag geeinigt. Nach kürzerer Debatte, an der sich außer dem Referenten noch die Abg. Strahl, Müller-Coldit und Kirbach betheiligten, wird der Deputations-Antrag einstimmig angenommen. Sekretär Ahnert referirt hierauf über eine Petition der Gemeinde Engelsdorf bei Leipzig, welche die Kammer bittet, ihr die freie Disposition über die Einkünfte des dortigen Richterlehns zuzugestehen, worüber bis jetzt das Justizministerium, allerdings im Interesse der Gemeinde, verfügt hatte. Die Deputation beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, während Abg. Dr. Heine einen vom Abg. Kökert befürworteten Antrag auf Erwägung stellt. Nachdem Commissar Geh. Justizrath Anton erklärt, daß es der Regierung erwünscht wäre, wenn der Antrag auf Kenntnißnahme angenommen würde, da die Regierung die Disposition über den Fond nicht aus der Hand geben, doch so wie so stets zu Gunsten der Gemeinde über denselben verfügen werde, ergiebt die Abstimmung über den Antrag Heine Stimmengleichheit (27 gegen 27), worauf die definitive Abstimmung auf Montag verschoben wird.

— Bei den Verhandlungen der 2. Kammer, in welchen die Vertreter der Sozialdemokratie das Wort ergreifen wollen, zeigten die Tribünen bekanntlich eine solche Masse von Zuhörern, daß mitunter selbst der bekannte Apfel nicht zur Erde kommen konnte. Die Zuhörer harrten auch bei dem mitunter sich 6 Stunden lang hinziehenden Verhandlungen von Anfang bis zu Ende aus. Im Landtag erzählt man sich, daß die meisten dieser Tribünenbesucher Sozialdemokraten sind und daß, soweit ihnen für ihre Versäumniß in den Arbeitsstunden Abzüge am Lohne erwachsen, ihnen dafür aus der Parteikasse annähernd Entschädigung gewährt wird. Bei langen Sitzungen soll die Entschädigung bis auf 75 Pfg. steigen. Wenn dies vielleicht auch nicht in größerem Umfange geschieht, so sieht man doch daraus, daß die Partei der Sozialdemokraten an Eifer, Zusammenhalt, Organisation und Opferwilligkeit allen anderen voraus ist. Jede sog. sozialdemokratische „Galavorstellung" im Landtage wird den Genossen bei Zeiten im Voraus angezeigt.

— Der Dresdner Architektenverein hat durch seine Petition betreffs des den Ständen vorgelegten Bauplanes Zweierlei erreicht. Zuerst, daß das Akademieprojekt öffentlich ausgestellt und besprochen werden konnte und zweitens, daß nunmehr die Frage des Stadtbebauungsplanes wieder lebendig geworden ist. Dies sind sicher zwei sehr positive Leistungen. In seiner Sitzung vom 14. d. M. beschäftigte er sich nunmehr eingehend mit dem Plane zur Akademie, über welchen Herr Baurath Giese referirte. Derselbe sprach sich sehr günstig über die Lipsius'sche Arbeit an sich aus, wendete sich aber dagegen, daß derselben sichtlich ein festes Programm nicht zu Grunde gelegen habe. Selbst wenn man annehme, daß die Schülerzahl der Akademie sich verdoppele, daß auch die Bildhauerateliers, wie dringend nöthig, in das Akademiegebäude verlegt würden, genüge eine Grundfläche von 2000 Qu.-Meter für das Bedürfniß, während der jetzige Plan deren 3000 aufweise. Das würde eine Preisreduktion von ¾ Millionen ergeben. Ebenso sei die Ausstellungshalle zu groß für die akademischen Ausstellungen (1200 Qu.-Meter genügen, jetzt sind es 1500), doch zu klein für internationale Ausstellungen, denn beiden Anforderungen könne ein Gebäude nicht genügen. Betreffs des Aeußeren wendete sich Redner namentlich aus stilistischen Bedenken, da er nicht in der Stadt Semper's und Nicolai's den modern französischen Zopf gerade an dem Gebäude angewendet sehen möchte, in welchem strengere Kunstprinzipien gelehrt werden sollen. Herr Haltenhoff sprach namentlich für die Vereinigung der Bildhauerateliers mit der Akademie; ihm ist es sehr fraglich, ob die Terrasse denn wirklich der geeignete Platz für die letztere sei, er wünsche, daß hierüber erst die maßgebenden Faktoren befragt werden. Allgemein tritt der Wunsch auf, die Angelegenheit nicht zu überhasten. Die Kammern werden hoffentlich die nöthigen Gelder bewilligen, jedoch die Bedingung einer öffentlichen Konkurrenz an ihr Votum knüpfen. (Unseres Erachtens sollte die Gunst der Zeit und die treffliche Lage der Staatsfinanzen benutzt werden, um den Bau der Akademie überhaupt zu ermöglichen. Wenn auch die Stände die Bewilligung der Summe an Bedingungen knüpfen, so ist das ihr Recht, aber die Hauptsache bleibt immer: die Bewilligung der Mittel jetzt, wo die Finanzen dies gestatten. Uebrigens hat Nicolai gerade den Baurath Lipsius als seinen Nachfolger wegen seiner eminenten künstlerischen Begabung empfohlen. Die Red.)

— Man verständigt uns dahin, daß der Kgl. Kriegsminister v. Fabrice am vorigen Montag keineswegs ein offizielles Diner gegeben hat, was wegen der tiefen Hoftrauer nicht anging. Vielmehr haben die beiden Gesandten des Königs von Portugal, Don Miguel aus dem Haag und Graf San Pedro aus Berlin, lediglich privatim in der Familie des Herrn Kriegsministers gespeist. Eine Betheiligung anderer Mitglieder des diplomatischen Korps hat nicht stattgefunden.

— Daß in vorgestriger Stadtverordnetensitzung der diesjährige Schuletat ohne allen und jeden Abstrich wie er vom Stadtrath entworfen worden, Zustimmung fand, theilten wir schon gestern (am Kopfe des Blattes) mit. Daß die Schulanlage diesmal mit 1,100,000 Mk. erhoben werden muß, war überdies schon genehmigt und bekannt. Die directen Einnahmen für das allgemeine Volksschulwesen betragen eben nur 232,998 Mk. und es stehen denselben die Ausgaben mit 1,332,998 Mk. gegenüber. Der Bedarf ist für das Volksschulwesen gegenüber dem Vorjahr um 24,197 Mk. gestiegen; es haben aber auch die Schulen, Klassen und Lehrer Vermehrung gefunden. Die Schülerzahl hat sich gegen das Vorjahr um 2360, die Zahl der Klassen um 40, die Zahl der Zimmer um 25, die Zahl der Lehrer um 29 erhöht. Es wachsen zu 23 ständige und 6 Hilfslehrer, welche diese Ostern anzustellen sind. Die Gesammtschulgeldereinnahme beträgt 34,500 Mk. mehr; die Finanz-